

⇒ Gary S. Schaal, Claudia Ritzl

Neoliberalismus und Postdemokratie: Bausteine einer kritischen Gesellschaftstheorie *

Dem vor allem von Colin Crouch (2008), aber auch von Jacques Rancière (2002) und Sheldon Wolin (2001), in den politikwissenschaftlichen Diskurs eingeführten Terminus »Postdemokratie«¹ ist nicht nur das Kunststück gelungen, binnen weniger Jahre zu einem relevanten Konzept in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu werden. Gleichzeitig hat er auch Eingang in den politischen Diskurs jenseits der Universitäten gefunden² – ein Sprung, der nur

wenigen Begriffen und Konzepten gelingt.³

Postdemokratie, so die Einschätzung von Dirk Jörke (2010, 19), ist inzwischen »nahezu ubiquitär« und einflussreiche Politikwissenschaftler wie Claus Offe (2008, 37) attestieren dem Konzept, zentrale demokratische Verfallserscheinungen seien darin »treffend beschrieben« und sehr beunruhigend.

Fast ebenso lange und intensiv wie von der »Postdemokratisierung westlicher Demokratien« die Rede ist, steht aber auch die Frage im Raum, ob unter dem Schlagwort Postdemokratie eine Krisen- oder »Zeitdiagnose« (Sauer 2011, 32) adressiert wird, die jenes Maß an wissenschaftlicher und öffentlicher Aufmerksamkeit verdient hat, die sie seit der Publikation von Crouchs gleichnamigem Essay im Jahr 2004 genießt. Oder ob, wie beispielsweise

Gary S. Schaal, 1971 in Berlin, Prof. Dr., Lehrstuhl für Politikwissenschaft, insbesondere Politische Theorie an der Helmut-Schmidt-Universität, Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Neuere Veröffentlichungen: *Zeitgenössische Demokratietheorie*. Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden: VS-Verlag. 2012 (Hrsg. mit Oliver Lembcke und Claudia Ritzl); *Aggregative Responsivität. Selbstzerstörerisches Ideal liberaler Demokratie?* In: Brodocz, André / Llanque, Marcus / Schaal, Gary S. (Hrsg.): *Bedrohungen der Demokratie*. Wiesbaden: VS-Verlag. 2008.

Claudia Ritzl, 1981 in Esslingen a. N., Dipl. rer. com, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Helmut-Schmidt-Universität, Studium der Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft und Außenwirtschaft an den Universitäten Hohenheim und Stuttgart. Neuere Veröffentlichungen: „A second stage. The revitalization of democratic legitimacy with the help of deliberative forums“, in: Römmele, Andrea (Hg.): *The Governance of Large-Scale Projects*. Baden-Baden: Nomos, 77-97; „Gleich-gleicher-ungleich? Feministische Perspektiven auf die Krise der Demokratie“, in: *Vorgänge* 2/2010, 73-81.

(*) Die Autoren möchten Matthias Lemke für die intensive Kommentierung einer ersten Version dieses Aufsatzes danken.

(1) Im Folgenden wird von der »Postdemokratie« sowohl als Terminus, als Konzept und als Diskurs gesprochen. Diese dreifache Begrifflichkeit impliziert zwar eine gewisse Unschärfe, sie erscheint aber unumgänglich, da »Postdemokratie« allen drei Hinsichten in Erscheinung tritt und es sich nicht immer differenzieren lässt, in welchen Büchern, Aufsätzen, Interviews und Kritiken der Begriff jeweils wie zu verstehen ist. Es wird jedoch so weit als möglich versucht, die jeweiligen Referenzen im Kontext zu verdeutlichen.

(2) Vgl. hierfür exemplarisch die Rezensionen der deutschen Übersetzung von Crouchs »Post Democracy« in der TAZ vom 4.10.2008, der FAZ vom 22.9.2009, der SZ am 25.7.2008 sowie in der ZEIT vom 26.6.2008. Das Konzept findet sich u.a. auch in den Beiträgen von Thomas Assheuer (ZEIT, 26.7.2012; ZEIT 4.4.2012), Armin Nassehi (ZEIT, 2.8.2012) und Saskia Sassen (ZEIT 13.1.2011).

(3) Ein weiteres Beispiel ist der von Ulrich Beck geprägte Begriff der »Risikogesellschaft«.

Eike Hennig moniert, postdemokratische Beiträge bloß »essayistisch, normativ, locker« und »ohne Methode, mit moderatem sozialwissenschaftlichen Aufwand und schwacher Empirie« (Hennig 2010, 31) Thesen artikulieren, die derart breit und unscharf sind, dass sie sich einer systematischen Überprüfung entziehen (vgl. auch Richter 2006; Fischer 2006).

Dieser Aufsatz reagiert auf solche Kritik, in dem er erstens argumentiert, dass Postdemokratie – vor allem in Anschluss an die von Colin Crouch beschriebene Krisendiagnose⁴ – in der Tat ein wichtiges Konzept zeitgenössischer Politischer Theorie. Denn es lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf den Umstand, dass demokratische Verfallsprozesse nicht zwingend an institutionellen Wandel gebunden sind, sondern auch unabhängig davon durch Veränderungen von Denk- und Handlungsprozessen ausgelöst werden können. So kann beispielsweise die zunehmende und systematische Enthaltung bestimmter Bürgergruppen von der Partizipation am politischen Prozess in Deutschland in den letzten Jahren (vgl. Schäfer 2010) mit ebensolcher Sicherheit nicht auf Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen zurückgeführt werden, wie sie vor dem Hintergrund des demokratiethoretischen Ideals der politischen Gleichheit bedenklich erscheint. Auf solche Entwicklungen, so vielfältig und subtil sie auch sein mögen, macht uns das Konzept der Postdemokratie aufmerksam, indem es die Frage stellt, ob »wir die Idee der Herrschaft des Volkes hinter uns gelassen« (Crouch 2008,31) haben und nun in einem Gemeinwesen leben, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, diese aber zu einem »Spektakel« verkommen, an dem die Mehrheit der Bürger nur noch passiv teilhaben kann, während »die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht [wird]: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten« (ebd.,10).

Zweitens teilen wir aber die Kritik daran, dass der Begriff der Postdemokratie in der Literatur häufig zu unpräzise definiert und zu wenig theoretisch ausgearbeitet wurde. Wir argumentieren, dass das Potential der postdemokratischen Krisendiagnose weit besser ausgeschöpft werden kann als es bislang der Fall ist, wenn sie auf einer breiteren und klarer beschriebenen theoretischen Basis verortet und so systematisch geklärt wird, welche empirisch beobachtbaren Phänomene und Entwicklungsprozesse unter den Begriff der Postdemokratie fallen und wie diese zusammenhängen. Dabei ist es wesentlich, sich mit dem Begriff und der Relevanz des Neoliberalismus auseinanderzusetzen, der nicht nur ein zentraler Gegenstand fast aller Arbeiten zur Postdemokratie ist, sondern der – wie im Folgenden näher erläutert wird – auch das Bindeglied zwischen den verschiedenen Phänomenen darstellt, die wir als Indikatoren für Postdemokratisierungsprozesse begreifen.

(4) Auch Sheldon Wolin, der von Postdemokratie als »inverted totalitarianism« spricht (Wolin 2008), und Jacques Rancière (1999), der den nachdemokratischen Zustand vor allem dadurch beschrieben sieht, dass politische Machtverhältnisse nicht mehr in Frage gestellt werden, haben bemerkenswerte Konzeptionen von Postdemokratie vorgelegt. Diese unterscheiden sich jedoch in mancher Hinsicht von dem Crouch'schen Begriffsverständnis, so dass sie hier nicht detailliert beschrieben und diskutiert werden können.

Um einerseits die Relevanz des Konzeptes der Postdemokratie zu verdeutlichen und andererseits seine theoretische Rückbindung zu verbessern, nehmen wir im Folgenden drei Aspekte in den Blick, die wir in jeweils einem Abschnitt diskutieren wollen. Zunächst befassen wir uns mit dem Begriff der Postdemokratie und erörtern, unter anderem im Rekurs auf Arbeiten der Cambridge School, welchen Einfluss Veränderungen von Deutungsmustern, also beispielsweise das Hegemonialwerden neoliberaler Denkweisen, auf die Handlungsspielräume und Qualität demokratischer Systeme haben (können) (Abschnitt 1). Darauf aufbauend diskutieren wir, welche Merkmale des Neoliberalismus uns als besonders prägend für zeitgenössische westliche Gesellschaften erscheinen. Dabei nehmen wir zunächst Bezug auf Phänomene der Beschleunigung und Effizienzorientierung und erörtern, warum diese in einen Konflikt mit demokratischen Werten und Prozeduren treten müssen (Abschnitt 2). Es wird argumentiert, dass die stetige (neoliberale) Beschleunigungstendenz in einem grundlegenden Widerspruch zu parlamentarischen Entscheidungsprozessen steht, weshalb eine Verlagerung von Entscheidungskompetenzen von der Legislative auf die Exekutive und eine steigende Relevanz von Exekutiv-Entscheidungen und Experten-Gremien als typische Merkmale für Postdemokratisierungsprozesse gelten können. Die politischen Reaktionen auf die Euro-Krise in den letzten Jahren stellen hierfür besonders gute und diskussionswürdige Beispiele dar, anhand derer sich verdeutlichen lässt, wie sich die politischen Machtverhältnisse zugunsten bestimmter Akteursgruppen und auf Kosten des politischen Einflusses des »Demos« verschoben haben. Angesichts dieser Befunde wird schließlich die Rolle, die die Bürgerinnen und Bürger im Postdemokratie-Diskurs spielen, diskutiert (Abschnitt 3). Dabei gilt es unter anderem zu beleuchten, weshalb wir uns in den letzten Jahren zugleich mit zunehmender Apathie angesichts undemokratischer Entwicklungsprozesse und mit zunehmendem politischen Aktivismus, wie er beispielsweise in Form von vermehrten Protesten zu beobachten ist, konfrontiert sehen. Das Fazit (Abschnitt 4) fasst die zentralen Befunde zusammen und zeigt auf, dass »Postdemokratie« ein wichtiger Integrationsbegriff für aktuelle theoretische und empirische Analysen sein kann, mit dessen Hilfe verschiedene Forschungslinien und -ergebnisse aufeinander bezogen und in Relation zueinander gestellt werden können.

⇒ 1. Postdemokratie als Folge neoliberaler Deutungsmacht

Der Essay »Post-Democracy« (2008 [2004]) von Colin Crouch bildet das Gravitationszentrum des aktuellen Postdemokratiediskurses. Das Präfix »post« suggeriert dabei für viele Kritiker, dass der britische Soziologe eine statische Diagnose formuliert hat (vgl. Blühdorn 2012). Diese Interpretation ignoriert jedoch die Dynamik des Crouch'schen Ansatzes, in dessen Zentrum die Analyse des Prozesses der Postdemokratisierung steht.

Gerade weil sein Konzept eine über mehrere Jahrzehnte verlaufende Entwicklung beschreibt, verlangt es nach zwei Eingrenzungen: Einerseits nach einer politisch-räumlichen, um der Gefahr des concept stretching (Sartori 1970) zu entgehen und seine analytische Trennschärfe und Aussagekraft zu erhöhen, und andererseits nach einer zeitlichen Einordnung, die es von anderen demokratischen Wandlungsprozessen und Krisendiagnosen abgrenzt und die außerdem den Rahmen für empirische Analysen steckt. Politisch-räumlich, daran lässt Crouch (2008) keinen Zweifel, bezieht sich die Rede von der Postdemokratie ausschließlich auf die etablierten liberalen Demokratien des Westens. Ausgeschlossen wird also die Beschreibung von gravierenden Veränderungen bei der Herbeiführung, Herstellung und/oder autoritativen Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen als Postdemokratisierung in defekten Demokratien oder hybriden Systemen (vgl. hierzu Merkel u.a. 2003).

Die Betonung der Prozessdimension verlangt darüber hinaus nach einer zeitlichen Eingrenzung, die theoretisch fundiert sein muss. Um diese vorzunehmen, kann man zunächst auf die Frage rekurren, seit wann das so genannte neoliberale Denken, das für die meisten Autoren den ideativen Kern des Postdemokratisierungsprozesses darstellt, als hegemonial gelten kann (vgl. Brown 2011). Erste wichtige politische und theorie-politische Stationen im Aufstieg des Neoliberalismus waren, darüber herrscht in der Literatur weitgehende Einigkeit, der Niedergang des Keynesianismus Anfang der 1970er Jahre, der Ölpreisschock 1973, die Wahlen von Margret Thatcher (1979) und Ronald Reagan (1981) sowie der Aufstieg der Chicago School of Economics unter Milton Friedman (vgl. Brown 2005, 37-38; Harvey 2005; Demirovic 2008) – diese Ereignisse markieren damit auch den Beginn des Prozesses der Postdemokratisierung.

Ob das Ende des Neoliberalismus – und damit möglicherweise auch ein Schlusspunkt der als Postdemokratisierung beschriebenen Entwicklungsprozesse – bereits erreicht ist, erscheint hingegen derzeit weitgehend offen. Während man einerseits die Insolvenz des Finanzdienstleisters »Lehman Brothers« am 15. September 2008 als einen Einschnitt betrachten kann, in dessen Folge die neoliberalen Paradigmen der Privatisierung und Deregulierung grundlegend in Frage gestellt wurden (vgl. Brown 2011), versucht Colin Crouch (2011) in seinem jüngsten Buch bereits das »befremdliche Überleben des Neoliberalismus« im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise zu erklären. Auch ist unklar, ob das postdemokratische Zeitalter wirklich mit jenem wirtschaftspolitischen Paradigma enden könnte, das es begründet hat, oder ob die politischen Veränderungsprozesse, die durch den Neoliberalismus in Gang gesetzt wurden, dessen Hegemonie überdauern werden.

Wie auch immer der Endpunkt dieser Entwicklungen rückblickend zu beurteilen sein mag – Überlegungen zur Bedeutung und Relevanz des Konzepts der Postdemokratie sollten sich stets auch als Analysen der Hegemonie und Wirkung des Neoliberalismus verstehen, da dieser die ideelle Grundlage der postdemokratischen Entwicklung darstellt. Als Ideologie zeichnet sich der Neoliberalismus dabei zunächst durch die ihm eigenen Deutungen bestimmter

Leitideen (wie beispielsweise eine leistungsorientierte Bestimmung Sozialer Gerechtigkeit), d.h. durch seine zentralen und handlungsleitenden Werte und Normen, aus, die jeweils im Kampf um alternative Deutungen stehen (zum Beispiel im Widerstreit zu einem inklusionsorientierten Verständnis von Sozialer Gerechtigkeit).

Will man die Deutungsmacht des Neoliberalismus konzeptionell fassen und analysieren, kann man auf unterschiedliche Konzepte zurückgreifen.⁵ Folgt man der so genannten »Cambridge School« (vgl. Mulsow/Mahler 2010), so versteht man, weshalb der Prozess der Transformation einer Demokratie in eine Postdemokratie nicht mit einer Transformation ihrer Institutionen einhergehen muss. Denn für demokratischen Wandel ist es gemäß dieser Denkschule ausreichend, wenn sich die Konzepte der Demokratie im kollektiven Verständnis ändern: »To the extent that our social world is constituted by our concepts, any successful alteration in the use of a concept will at the same time constitute a change in our social world« (Skinner 1988, 276).

Doch der Ansatz der Cambridge School, so treffend ihre Aussagen mit Blick auf die postdemokratische Krisendiagnose auch sein mögen, ist eine Methode der Ideengeschichtsschreibung (vgl. Rosa 1994) und ihre Anwendung in zeitdiagnostischer Absicht – trotz entsprechender Ansätze bei Terrence Ball (1988; 1995) – ist noch umstritten. Eine weniger umstrittene Alternative bietet der kulturwissenschaftliche Institutionalismus (vgl. Vorländer 2006; Brodocz 2003). Er argumentiert, dass Institutionen eine instrumentelle und eine symbolische Geltungsdimension besitzen. Institutionen verändern ihren operativen (instrumentellen) Charakter grundlegend, wenn sich ihre symbolisch zur Darstellung gebrachte Leitideen ändern. Vor diesem konzeptionellen Hintergrund ist der Prozess der Postdemokratisierung als ein Kampf um die angemessene (symbolische) Deutung der liberalen Demokratie zu rekonstruieren (vgl. Schulz 2006). Im Zentrum steht der Neoliberalismus, dessen Deutungsmacht zentrale Leitideen der liberal-repräsentativen Demokratie in Frage stellt, symbolisch umdeutet und/oder durch neue, neoliberale Leitideen ersetzt. Die Diagnose der Postdemokratisierung setzt jedoch nicht voraus, dass zu einem historisch vorgängigen Zeitpunkt eine Demokratie eine »ideale« Demokratie war – sie setzt nur voraus, dass vorgängig (kollektiv geteilte) demokratische Leitideen existierten, die normativ anspruchsvoller sind als jene des Neoliberalismus. Der Kampf um Deutungsmacht spielt auch in der kritischen Diskursanalyse bei Foucault eine bedeutende Rolle. Folgt man Foucault, so stellt der ökonomische Neoliberalismus eine qualitative und keine quantitative Innovation in der Technik des Regierens dar.⁶ Sie besteht darin, dass sich die neoliberale Rationalität

(5) Deutungsmacht und Hegemonie stehen in einem engen konzeptionellen Zusammenhang (vgl. Nonhoff 2006) und eine genealogische Betrachtung müsste bei Gramscis Hegemoniekonzept ansetzen. Wir wählen einen anderen Weg und setzen mit einem Ansatz der Ideengeschichtsschreibung, der Cambridge School, einen anderen Anfang, der konzeptionell andere Wege eröffnet.

(6) Der Neoliberalismus stellt nicht einfach nur eine Intensivierung des Prozesses der Ökonomisierung der Gesellschaft dar, der seit der Beginn der industriellen Revolution passiert. Auch lässt er sich nicht in marxistischen Kategorien angemessen modellieren. So spielt die Kategorie der Entfremdung keine Rolle mehr, da die Deutungsmacht des Neoliberalismus sich

nicht auf den Bereich des Ökonomischen begrenzt, sondern expansiv ist und »extending and disseminating market values to all institutions and social action« umfasst (Brown 2005, 39-40). Brown (2006, 693) rekonstruiert im Rückgriff auf Foucault die neoliberale Rationalität als »political rationality«:

»[A] political rationality is a specific form of normative political reason organizing the political sphere, governance practices, and citizenship. A political rationality governs the sayable, the intelligible, and the truth criteria of these domains. Thus, while neoliberal political rationality is based on a certain conception of the market, its organization of governance and the social is not merely the result of leakage from the economic to other spheres but rather of the explicit imposition of a particular form of market rationality on these spheres. Neoliberalism [is; GS/CR] a form of political reasoning that articulates the nature and meaning of the political, the social, and the subject [...].«

Der Neoliberalismus stellt also ein Paradigma dar, das unser Denken und Argumentieren nachhaltig beeinflusst, indem es – sozusagen hinter dem Rücken der Sprecher – Begriffe und Konzepte implizit evaluiert und so spezifische Handlungen und Begründungen normativ auszeichnet während es andere entwertet.⁷ Diese Strategie kann auch als „argumentative Entdifferenzierung“ charakterisiert werden. Sprache ist anders als die habermas'sche Diskurstheorie es präsumiert, keine neutrale »toolbox« für Kommunikation. Daher ist die Explikation der Leitideen des Neoliberalismus sowie deren Kampf um Deutungsmacht bereits die Entfaltung einer Dimension der Diagnose der Postdemokratisierung.

Auch der Soziologe Wolfgang Streeck (2011, 7) betont, dass in einer Demokratie

»political economy [is; GS/CR] ruled by two conflicting principles, or regimes, of resource allocation: one operating according to marginal productivity, or what is revealed as merit by a »free play of market forces«, and the other based on social need or entitlement, as certified by the collective choices of democratic politics. Under democratic capitalism, governments are theoretically required to honour both principles simultaneously, although substantively the two almost never align.«

Diese historisch ohnehin nicht unproblematische Balance der beiden Prinzipien hat seit den 1970er Jahren durch die Deutungsmacht des Neoliberalismus eine neue Schlagseite bekommen, da der Staat nicht länger nur die Rahmenbedin-

gerade in der individuellen Affirmation des Marktes, des Wettbewerbes, ganz allgemein der kapitalistischen Produktionsweise zeigt.

(7) Die Nähe zum Konzept des Paradigmas von Skinner ist hier unübersehbar. Deutlich werden jedoch auch die Unterschiede. Ein maßgeblicher besteht darin, dass der individuelle Autor und seine sprachlichen Handlungsintentionen für Skinner unhintergebar sind. Diese »Dimension des Autors« spielt für die anderen Analyseansätze der Deutungsmacht eine geringere Rolle.

gungen des Marktes sichern soll, sondern selbst wie ein Marktakteur denken und handeln soll (vgl. Brown 2005, 42). Daraus folgt praktisch, dass die beiden von Streeck vorgestellten Prinzipien der Ressourcenallokation auf eine hegemoniale Leitidee – jene der Grenzproduktivität – reduziert werden. Die neoliberale Rationalität durchdringt somit alle sozialen und politischen Institutionen und ersetzt deren jeweiligen Eigenlogiken durch Marktkonformität, Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz. Damit wird jedoch der Eigensinn des Politischen, der historisch zur Ausbildung des Staates als dem Garanten der Herstellung jener Güter, die nicht marktfähig sind, geführt hat, negiert.

Mit diesen Entwicklungen einher geht eine Transformation der Begründungslogik politischer Entscheidungen: Selbst in Politikfeldern, die der Ökonomie nicht genuin nahe stehen, – wie beispielsweise die Familienpolitik – fanden sich in den letzten rund 30 Jahren zunehmend ökonomische Begründungen für Politiken (vgl. Ritzi/Kaufmann, i.E.). Da Politik gegenüber den Rechtsadressaten – also den Bürgerinnen und Bürgern – verfassungsbedingt, d.h. auch unter den Bedingungen der postdemokratischen Konstellation, rechtfertigungsbedürftig ist, ist die Art der Begründung und damit ihre Verortung innerhalb eines sprachlichen Paradigmas ein wichtiges Indiz dafür, welches Paradigma zu einem bestimmten Zeitpunkt hegemonial ist. Denn Argumente und Begründungen innerhalb eines hegemonialen Sprachspiels sind anschlussfähiger als Argumente aus anderen sprachlichen Paradigmen.⁸ Die Bedeutungszuwachs von Argumenten aus dem neoliberalen Paradigma für die Begründung von Politik zeigt daher dessen Hegemonialwerden an.⁹ Die Anwendung neoliberaler Leitideen auf staatliches Handeln führt also – wie Foucault (1978) prophetisch argumentiert hat (vgl. auch Lemke 2001) – zu Praktiken neoliberaler Gouvernementalität (vgl. Bröckling et al. 2000).

Wendy Brown (2005, 46) warnt eindringlich vor den Konsequenzen neoliberaler Gouvernementalität: »Liberal democracy cannot be submitted to neoliberal political governmentality and survive«, da die Institutionen und Prozeduren der liberalen Demokratie nicht mit Blick auf ökonomische Effizienzkriterien implementiert worden seien. Demokratie besitzt einen intrinsischen Wert und die demokratischen Institutionen und Prozesse ermöglichen es, dass die Bürgerinnen und Bürger unter ihrem eigenen Gesetz leben. Der Wert demokratischer Selbstbestimmung kann nicht in der Münze der Effizienz ausgezahlt werden. Die Kriterien der Markteffizienz, an denen sich demokratische Institutionen und Regierungen wie vor einer »Art permanente[m] ökonomische[m] Tribunal« (Foucault; zitiert nach Lemke 1997, 249) messen lassen müssten, ließen sie unweigerlich defizitär und transformationsbedürftig erscheinen und erodierten so ihre normative Geltung und faktische Akzeptanz. Genau dieses »ökonomische Tribunal« manifestiert sich konkret in dem wachsenden Einfluss der

(8) Vgl. für eine historische Analyse Hirschman (1995)

(9) Das Verbundprojekt »Postdemokratie und Neoliberalismus« analysiert, ob die Begründung von Politik in den letzten 50 Jahren zunehmend auf neoliberale Argumente rekurriert. Vgl. <http://www.epol-projekt.de/> (Zugriff am 29. 10. 2012).

internationalen Rating-Agenturen wie Moody's, Standard & Poor's und Fitch Rating auf nationalstaatliche Politik (vgl. Jörke 2010).

Westliche Regierungen haben in den letzten Jahren mit einem charakteristischen Maßnahmenpaket auf diese Situation reagiert (vgl. ausführlich Abschnitt 2): Sie begrenzen den (gegenständlichen) Bereich des Politischen, sie verschieben Kompetenzen von der Legislative zur Exekutive und sie »outsourcen« vormals staatliche Aufgaben. Auf der Ebene der sprachlichen Vermittlung ist dafür seit Margaret Thatcher die TINA (There Is No Alternative)-Rhetorik bekannt, die – in Variationen wie der »Alternativlosigkeit« einer Politik (Angela Merkel) – die Kontingenz und Agonalität als zentrale Charakteristika des Politischen (vgl. Mouffe 2005) verneint und demokratische Parlamente und Regierungen zu (angeblichen) Verwaltern von Sachzwängen degradiert (vgl. Schaal 2007). Die daraus resultierende partielle demokratische Selbstentmachtung qua Kompetenznegation auf der nationalstaatlichen Ebene wird durch Prozesse der Supranationalisierung, dann noch verschärft, wenn die Bürgerinnen und Bürger keine den nationalstaatlichen Beteiligungsstrukturen normativ äquivalenten Partizipationsmöglichkeiten erhalten (vgl. Zürn 1998; 2011).

Diese ohnehin schon bestehende Dynamik des postdemokratischen Transformationsprozesses scheint sich in Europa durch die Wirtschafts-, Währungs- und Bankenkrise in den letzten Jahren noch intensiviert zu haben. Augenscheinlich wurde die neoliberale Transformation der Leitideen der liberal-repräsentativen Demokratie etwa während einer Pressekonferenz der Bundeskanzlerin Angela Merkel und des Ministerpräsidenten Portugals, Pedro Passos Coelho, am 1. 9. 2011:

»Wir leben ja in einer Demokratie und sind auch froh darüber. Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.«¹⁰

SPD und Linke interpretierten das Zitat als Abgesang der Kanzlerin auf die Demokratie, denn es impliziere nichts anderes als »dass nicht mehr allein Bürger als Wähler bestimmen sollen, sondern Spekulanten, Finanzmärkte, Hedgefonds und Banken«.¹¹ Jasper von Altenbockum deutet in der FAZ das Zitat hingegen als demokratie-affine Aussage: »Mit ›marktkonform‹ war also nicht etwa gemeint, dass die Demokratie zum Spielball der Märkte wird, son-

(10) Vgl. www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/09/2011-09-01-merkel-coelho.html, zugegriffen am 19.10.2012.

(11) Vgl. www.spd.de/profil/4173/blog/merkels-unwort-des-jahres-die-marktkonforme-demokratie-der-kanzlerin, zugegriffen am 19.10.2012.

dem im Gegenteil, dass die Arbeit des Parlaments so ausgerichtet wird, dass sie die Möglichkeit hat, die Märkte überhaupt zu beeinflussen.«¹²

Der Prozess der Postdemokratisierung besteht auf der Ebene der Leitideen zusammengefasst darin, dass die normativ anspruchsvollen und vielfältigen Leitideen der liberal-repräsentativen Demokratie ergänzt oder ersetzt werden durch jene des Neoliberalismus. Als monomanische Ideologie möchte sie alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens der Marktlogik, dem Kosten-Nutzen-Kalkül, der Wettbewerbslogik und dem Effizienzdenken unterwerfen. Diese Leitideen werden Teil der Subjektivierungen der Bürger und ihrer normativen Selbstbeschreibungen (vgl. Abschnitt 3).

⇒ 2. Exekutivlastigkeit und Expertokratie

Ein zweites zentrales Merkmal von Postdemokratisierungsprozessen resultiert aus dem mit der Neoliberalisierung einhergehenden Druck, politische Entscheidungsprozesse zu beschleunigen und deshalb den politischen Einfluss von Parlamenten, deren Entscheidungsfindungsprozesse als besonders langwierig gelten, zu verringern. Hartmut Rosa, der zentrale Arbeiten zum Thema Beschleunigung publiziert hat (Rosa 2005; 2010; Rosa/Laux 2009), beschreibt zwar explizit den Zusammenhang zwischen einem verstärkten Streben nach Effizienz und dem daraus resultierenden Zeitdruck, arbeitet die Verbindung zu den postdemokratischen Thesen selbst jedoch nicht heraus. Dies soll im Folgenden geschehen.

Rosa bezeichnet den Prozess der »generellen Abnahme der Zeitdauer für die Erwartungssicherheit der Stabilität der Handlungsbedingungen« als »Gegenwartsschrumpfung« (Rosa 2005, 184). Diese ließe sich besonders gut anhand des Zusammenspiels von Politik und Ökonomie verdeutlichen: In historischer Perspektive habe die Demokratie im Vergleich zu vorgängigen feudalen Herrschaftsformen zu einer Beschleunigung nicht nur der Politik, sondern auch anderer Sphären der Gesellschaft geführt. In den letzten 20 bis 30 Jahren habe sie, zumindest in den westlichen Demokratien, diese Funktion des Schrittmachers jedoch eingebüßt und werde sogar immer häufiger zum »Bremsklotz der Moderne« (ebd., 391). Denn während der Takt der Politik konstant bliebe, beschleunige sich ihre gesellschaftliche Umwelt, vor allem die Ökonomie, zusehends.

Maßgeblich durch technischen Wandel begünstigt, ist das Tempo, mit dem Waren und Dienstleistungen heute rund um den Globus produziert und gehandelt werden, rasant gestiegen. Demokratische Entscheidungsprozesse können mit diesen Entwicklungen nicht mithalten, da ihre Geschwindigkeit weniger von technischen Gegebenheiten als von normativ begründeten und institutionalisierten Regeln sowie von komplexen Verhandlungssituationen abhängt: »Die repräsentative parlamentarische Demokratie aber ist tendenziell

(12) Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/politik/harte-bretter/harte-bretter-irrweg-in-der-krise-11712359.html> (Zugriff am 19.10.2012).

entschleunigt getaktet. Parlamente sollen durch sorgfältige Beratung nach drei Lesungen zu einem Ergebnis kommen« (Korte 2012, 21). Das Resultat dieser gegenläufigen Entwicklungen ist »[e]ine wachsende temporale Desynchronisation zwischen Politik und gesellschaftlicher Umwelt« (Rosa/Laux 2009, 550). Diese Situation ändert zwar im Grundsatz nichts daran, dass der Politik weiterhin die Aufgabe der autoritativen Allokation kollektiver Werte und Normen zufällt, sie führt aber dazu, dass sie diese Aufgabe aus Sicht ihrer Umwelt nicht mehr zufriedenstellend erfüllen kann: Durch die langsamere Taktung des parlamentarischen Prozesses kommen politische Lösungen aus Sicht der Ökonomie für ihre Probleme notwendigerweise stets spät – mitunter gar zu spät. Dies bedroht die sogenannte »systemische Performanz« von Politik, also ihre Fähigkeit, Leistungen (unter anderem für die Ökonomie) in zufriedenstellender Art und Weise zu erbringen. Nur eine Verkürzung der politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse könnte hier Abhilfe leisten. Unter der Maßgabe, dass der Kern demokratischer Souveränität im parlamentarischen Gesetzgebungsprozess besteht, scheint es aber, als wäre eine solche Verkürzung kaum möglich bzw. normativ vertretbar: der demokratische Willensbildungsprozess hat offenbar seine »quasi-natürliche Geschwindigkeitsgrenze längst erreicht« (Laux/Rosa 2009, 549).

Es besteht heute also ein grundlegender Konflikt zwischen den normativen und den funktionalen Anforderungen an zeitgenössische Demokratien. Will die Politik ihre systemische Performanz nicht einbüßen, so muss sie die Differenz von (perzipiertem bzw. eingefordertem) Geschwindigkeitsbedarf und der Dauer politischer Entscheidungsfindung im Rahmen des demokratisch Möglichen auflösen. Dazu hat sie – zumindest gemäß der Einschätzung der postdemokratischen Theoretiker – in den letzten Jahren jedoch nicht primär versucht, den Wert demokratischer Meinungsbildungsprozesse argumentativ zu verteidigen und so den Tempo-Druck zu reduzieren. Vielmehr habe sie ihre Entscheidungsprozesse verkürzt, indem sie die Zahl langwieriger parlamentarischer Prozesse auf ein Minimum reduzierte. An die Stelle der legislativen Entscheidung seien immer häufiger Beschlüsse der Exekutive getreten, und statt auf umfassende parlamentarische Beratung greife man im Kabinett, in Ministerien und in Ausschüssen zunehmend auf Empfehlungen von Experten zurück (vgl. Crouch 2011, 10-11).

Exekutivlastigkeit und der Wandel von Demokratien zu »Expertokratien« können aus postdemokratischer Perspektive also als typische Reaktionen auf Beschleunigung und andere gesellschaftliche Wandlungsprozesse verstanden werden, deren Etablierung sich allerdings negativ auf die normative Qualität der Demokratie auswirken. Denn wo die parlamentarische Vertretung der Bürgerinnen und Bürger in den Hintergrund gerät, öffnen sich nach Ansicht von Crouch die Türen für die Einflussnahme politischer, wissenschaftlicher und ökonomischer Eliten auf den politischen Entscheidungsprozess (Crouch 2008, 60-63; vgl. auch Wolin 1996, 42). Und selbst wenn diese Eliten nicht vorwiegend eigeninteressiert handeln, so steht eine solche Entwicklung doch im

Widerspruch zum normativen Ideal des gleichen Einflusses aller Bürgerinnen und Bürger auf den politischen Prozess.

Angesichts der politischen Aktivitäten zur Euro-Rettung scheint der empirische Gehalt dieses Aspektes der postdemokratischen Krisendiagnose unzweifelhaft: Seit dem Beginn der Diskussion über Hilfskredite für Griechenland (der erste Teil des »Rettungsschirms« wurde im Jahr 2010 verabschiedet), spielen volkswirtschaftliche Experten beispielsweise eine tragende Rolle im europäischen Mediendiskurs. In Italien und Griechenland blieb ihr Einfluss auch nicht auf die politische Öffentlichkeit begrenzt, hier wurden zahlreiche Regierungsämter mit Experten besetzt, um die fachliche Qualifikation der Regierungsmitglieder zu stärken. Die nationalen Parlamente müssen zumindest einen Teil der in Brüssel von den jeweiligen Regierungsvertretern getroffenen Beschlüsse zwar bestätigen, doch bleibt ihnen dazu häufig so wenig Zeit, dass von einer gründlichen Prüfung der vorgelegten Dokumente kaum die Rede sein kann (vgl. Rosa/Laux 2009, 550-551). Und mit der angestrebten Etablierung einer »europäischen Fiskalunion«, die neben einem gemeinsamen Budget und einer koordinierten Steuerpolitik auch eine gemeinsam getragene Garantie für die Staatsschulden der Länder der Eurozone umfassen soll, drohen den nationalen Parlamenten der Euro-Länder sogar Eingriffe in ihr »Königsrecht«, die Gestaltung der jeweiligen Haushalte. Deutlicher könnte die wachsende Macht der Exekutive, die im europäischen Kontext ohnehin schon jene der Legislative überwiegt, kaum in Erscheinung treten.

Doch auch schon vor dem Beginn der Eurokrise gab es empirische Belege für die postdemokratischen Thesen, vor allem mit Blick auf den für steigenden Experteneinfluss auf die Politik. Beispielsweise haben Albæk u.a. (2003) mit Hilfe einer umfassenden Analyse dänischer Qualitätszeitungen im Zeitraum zwischen 1961 und 2001 gezeigt, dass die Zahl der Experten, die in der politischen Öffentlichkeit zu Wort kommen, deutlich angestiegen ist. So wurden 1971 bereits doppelt so häufig Wissenschaftler in Zeitungsberichten erwähnt oder zitiert als zehn Jahre zuvor. Im Vergleich zwischen 1961 und 2001 lässt sich sogar eine 700-prozentige Steigerung verzeichnen (Albæk et al. 2003, 941-942).¹³ Zu den Profiteuren dieses Wandels zählen vor allem Wirtschaftsvertreter und Sozialwissenschaftler: sie kommen heute deutlich häufiger in politischen Diskursen zu Wort als es früher der Fall war (vgl. auch Brosius/Koschel 2007; Heinrich/Moss 2006, 16-30).

Ein weiteres Indiz für die »Expertokratisierung« ist das so genannte »Gesetzgebungsoutsourcing«. Hierunter versteht man, im Kontrast zur Prozessen der Interessenvermittlung oder Sachverständigenberatung, die beauftragte Erstellung von Gesetzesentwürfen durch private Akteure wie beispielsweise Anwaltskanzleien (vgl. Wimmer 2011). Wie Partmann (i.E.) belegt, wurden im Zeitraum zwischen 1990 und 2011 in Deutschland 62 der insgesamt 2864 vom Bundestag verabschiedeten Gesetze auf diese Weise formuliert, 58 davon seit

(13) Da Sozialwissenschaftler in den 1960er Jahren noch fast gar nicht in den hier untersuchten Medien zu Wort kamen, hat sich die Zahl ihrer Nennungen in besonderem Maße erhöht: Sie stieg um mehr als das Zwanzigfache (ebd.).

dem Jahr 2003. Auch wenn der Anteil der »outsourced« formulierten Gesetze hierzulande noch vergleichsweise gering ist, so scheint der Trend doch deutlich in Richtung eines wachsenden Einflusses hochgradig spezialisierter Kanzleien zu weisen.

Was den Kompetenzgewinn der Exekutive angeht, zeigt der erneute Blick auf die politische Öffentlichkeit zunächst, dass Vertreter der Exekutive heute den größten Teil der TV-Auftritte in der Politikberichterstattung bestreiten, während die Parlamentarier zunehmend aus dem Fokus der massenmedialen Berichterstattung rücken (vgl. Negrine 1998; Imhof/Kamber 2001). Auch die mit Blick auf die Eurokrise bereits angesprochene Verlagerung nationaler Entscheidungskompetenzen nach Brüssel wird in der Literatur – trotz des gestiegenen Einflusses des EU-Parlamentes – zumeist als Schwächung der Legislative gewertet (vgl. u.a. Sassen 1996; 2009; Brunkhorst 2007; Bieling 2008, 127-130). So besteht das viel beschriebene Demokratiedefizit der EU maßgeblich darin, dass die Bürgerinnen und Bürger wesentliche Elemente der europäischen Entscheidungsfindung nicht durch demokratische Wahlen legitimieren, da die EU-Politik in nationalen Wahlkämpfen in aller Regel nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Sowohl durch einen vermehrten Einfluss von Experten als auch durch eine Bündelung von Kompetenzen in den Händen der jeweiligen Regierungsvertreter können politische Entscheidungsprozesse durchaus beschleunigt werden, da so weniger Zeit für den Wissenserwerb sowie für Diskussionen und Verhandlungen benötigt wird, als es in (rein) parlamentarischen Prozessen der Fall ist. Die von Crouch (2008, 10) beschriebene Verlagerung von Politik »hinter verschlossene Türen« kann man also nicht nur als unmittelbare Konsequenz der neoliberalen Überzeugung, dass diese Akteure kompetenter und sachlich angemessener handeln als gewählte Repräsentanten, deuten, sondern sie ergibt sich auch aus dem Drang nach Beschleunigung in modernen Gesellschaften.

Beide Ursachen verbindet jedoch das Angewiesensein auf eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung, weshalb sowohl die Neoliberalisierung als auch die Beschleunigung eng mit dem im ersten Abschnitt beschriebenen Konzept der Deutungsmacht verknüpft sind. Im Folgenden soll deshalb der Blick auf die Rolle der Bürgerinnen und Bürger im Postdemokratie-Diskurs gelenkt werden, indem die Frage gestellt wird, ob sich die wachsende Deutungsmacht ökonomischer Paradigmen auch in deren Partizipationsverhalten spiegelt.

⇒ 3. Die Rolle der Bürgerinnen und Bürger im Prozess der Postdemokratisierung

Dass die Rede von der Postdemokratisierung in aller Regel nicht bloß als ein Wandlungsprozess, sondern als eine Krisendiagnose formuliert wird,¹⁴ ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass im Zuge jener Entwicklungen, die als Indizien für Postdemokratie beschrieben werden, grundlegende demokratische Werte und Rechte der Bürgerinnen und Bürger verletzt werden. Damit stellt sich aber auch die Frage, weshalb sich die Bürgerschaft als der demokratische Souverän nicht entschieden gegen ihre eigene Entmachtung wehrt, – wo doch die Postdemokratisierungsprozesse ihre formalen Rechte und institutionalisierten Freiheiten weitgehend unangetastet lassen und maßgeblich auf der Etablierung bestimmter Deutungsmuster basieren. Der »soft power« neoliberaler Akteure müsste die Bevölkerungsmehrheit doch eigentlich – sei es mit Worten oder durch entsprechendes Wahlverhalten – wirksam entgegen treten können (vgl. Abschnitt 1).

Eine Antwort auf diese Frage könnte im erneuten Verweis auf die neoliberale Deutungsmacht liegen. Zwar determiniert sie nicht die Einstellungen und (politischen) Handlungen der Bürgerinnen und Bürger, doch macht sie bestimmte Handlungen jedoch wahrscheinlicher als andere. Im Kontext einer neoliberalen Hegemonie wäre entsprechend zu erwarten, dass das Konzept des Wettbewerbes zur primären Folie nicht nur kollektiven Handelns, sondern auch individueller Sinnggebung avanciert. So argumentiert Hartmut Rosa (2006, 82): »Das Bemühen um die Erhaltung und Steigerung der Konkurrenzfähigkeit bezieht dabei längst auch die Lebensführung und -planung der Subjekte mit ein.« So bleibt jedoch kein peripherer Teil von ihr, vielmehr »weist (...) das Wettbewerbsprinzip jenes eigentümliche Umschlagmoment auf, das es von einem sozialen Instrument zur Verwirklichung von autonomen Zielen zu einem alles überragenden Endzweck werden lässt, der allein im Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit liegt« (Rosa 2006, 101). Der Markt wird damit zum universellen Modell der Vergesellschaftung und der Unternehmer als prototypische Marktakteur avanciert zum Fluchtpunkt der Subjektivierungsanstrengungen (vgl. Bröckling 2007, 107),¹⁵ – in kaum einem anderen Begriff mag sich dies so deutlich widerspiegeln in dem mittlerweile geflügelten Wort der »Ich-AG«.¹⁶

(14) Eine Ausnahme stellt hierbei die Perspektive Ingolfur Blühdorns (2012) dar, der den postdemokratischen Wandel eher als politische Modernisierung denn als Krise verstanden wissen will. Seine diesbezüglichen Argumente erscheinen vor dem Hintergrund der sozialen Merkmale und Effekte von Postdemokratisierung aber ausgesprochen fraglich und entsprechen mit Sicherheit nicht den Intentionen, mit denen Colin Crouch und andere Autoren den Begriff der Postdemokratie in der Literatur etabliert haben.

(15) Vgl. zu den Leitideen des unternehmerischen Selbst auch Bröckling 2012: <http://www.gegenblende.de/++co++1335c308-66d9-11e1-7b9c-001ec9b03e44>, zugegriffen am 20.10.2012.

(16) Die staatliche Förderung von »Ich-AG's« war Teil der rot-grünen-Arbeitsmarktpolitik und tratt mit der Verabschiedung der „Hartz II“-Gesetze im Januar 2003 in Kraft. Sie sollte Arbeitslosen dabei helfen, über eine Selbstständigkeit den Weg zurück in den Arbeitsmarkt zu finden. Seit 2006 werden Ich-AG's nur noch beschränkt gefördert, die Begrifflichkeit hat sich aber im

Somit gerät nicht nur das Ideal des republikanischen Citoyens – das vermutlich nie eine empirisch angemessene Selbstbeschreibung der Bürgerinnen und Bürger darstellte, die gemäß dieser Vorstellungen primär gemeinschaftsorientiert leben und politisch handeln sollen – sondern selbst das normativ weniger anspruchsvolle Ideal des liberalen Citoyen¹⁷ durch die Leitideen des Neoliberalismus in die Defensive: Der Bürger interpretiert sich selbst und sein Verhältnis zum Staat vor der Folie des homo oeconomicus. Für Brown (2006, 695) folgt daraus: »Citizenship, reduced to self-care, is divested of any orientation toward the common, thereby undermining an already weak investment in an active citizenry and an already thin concept of a public good from a liberal democratic table of values.«

Dieser homo oeconomicus müsste im Zuge des Hegemonialwerdens neoliberaler Überzeugen jedoch auch anerkennen, dass seine eigenen Interessen hinter jenen der ökonomischen Akteure zurückstehen müssen, da individueller Wohlstand stets als abhängig von ökonomischem Erfolg und Stabilität verstanden wird. Dies würde unter anderem implizieren, dass sie auch davon überzeugt sein müssten, durch Experten im politischen Prozess politisch besser vertreten zu werden als durch Laien bzw. durch eigenes Engagement. Diese Argumentationslinie entfaltet – gerade vor dem Hintergrund der im ersten Abschnitt ausgeführten Überlegungen zur Deutungsmacht – einige theoretische Plausibilität. Doch kann sie sich (bislang) nur eingeschränkt auf empirische Daten stützen. So scheint sich zwar das Verständnis von »citizenship as self-care« im Partizipationsverhalten widerzuspiegeln: Während sich immer weniger Menschen an (themen- und interessenübergreifenden) Wahlen beteiligen, mit denen man kaum individuelle Interessen durchsetzen kann, beteiligt sich eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern an Protesten und engagiert sich in Bürgerinitiativen (vgl. van Deth 2009; Dalton 2004; Norris 2002). Beide zuletzt genannten Aktivitätsformen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich auf konkrete Gegenstände beziehen, meist von vergleichsweise kurzer Dauer sind und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer oft aufgrund persönlicher Betroffenheit auf den entsprechenden Feldern aktiv sind und versuchen, Einfluss gemäß ihrer persönlichen Interessen und Überzeugungen auszuüben.

Nicht feststellen lässt sich für Deutschland jedoch, dass sich die so genannte »internal efficacy« der Bürgerinnen und Bürger verändert, also ihre individuelle

Sprachgebrauch etabliert und bezieht sich heute weitmehr auf das Selbstverständnis, eine eigenverantwortlich handelnde Person zu sein als auf arbeitsmarktpolitische Förderungsmaßnahmen. So finden sich beispielsweise in der Ratgeberliteratur der 1990er Jahre viele Belege für die Transformation hin zum »unternehmerischen Selbst« als paradigmatischer Figur, so bei Bridges (1996, 138-139): »Definieren Sie sich eindeutig als ein Produkt, und stellen Sie dann eine umfassende Marktforschung an. [...] Dazu müssen Sie sich als wirtschaftlich unabhängige Einheit betrachten, nicht als Teilstück, das ein Ganzes sucht, um darin zu funktionieren. Deshalb ist es enorm wichtig, dass sie sich von einem Markt umgeben sehen, selbst wenn Sie Angestellter eines Unternehmens sind.«

(17) Hier verstanden als ein Bürger, der sich in seinen politischen Partizipationsformen an der klassischen Staatsbürgerrolle orientiert, d.h. sich vor allem an Wahlen und Abstimmungen beteiligt. Legt man das Bürgerbild des klassischen Liberalismus (u.a. John Stuart Mill) zugrunde, dann würde sich ein liberaler Citoyen bei seinen politischen Entscheidungen auch am Gemeinwohl orientieren.

politische Kompetenzeinschätzung. Diese müsste ebenfalls von einer Neoliberalisierung betroffen sein, die entsprechenden Daten legen allerdings keinen Rückgang der entsprechenden Befragungswerte nahe: Im Zeitraum zwischen 1988 und 2008 stimmen jeweils und beinahe konstant rund 40 Prozent der Westdeutschen¹⁸ der Aussage »Politik ist zu komplex für mich« zu oder eher zu. Hier lässt sich also keine Neoliberalisierung erkennen, die eine Mandatierung von Eliten-Akteuren durch die Bürgerinnen und Bürger begründen würde.¹⁹

Colin Crouch führt die Passivität der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den postdemokratischen Entwicklungen entsprechend auch weniger auf eine Neoliberalisierung ihres Selbstverständnisses zurück als darauf, dass diese weniger gut politisch organisiert seien als noch vor einigen Jahrzehnten.²⁰ Damals sei es den Gewerkschaften gelungen, viele Mitglieder zu gewinnen und diese politisch zu mobilisieren. Mit dem »Niedergang der traditionellen Arbeiterklasse« (Crouch 2008, 71) habe diese Form der Politisierung jedoch maßgeblich an Bedeutung verloren und anderen gesellschaftlichen Klassen (zum Beispiel im Dienstleistungssektor) sei es bei weitem nicht so gut gelungen, politischen Zusammenhalt zu stiften (Crouch 2008, 76-80).

In der Tat lassen sich entsprechende Trends auch für Deutschland belegen: So sprach Wolfgang Streeck (1987) schon vor 25 Jahren von einem »Aussterben der Stammkunden« deutscher Mitgliederorganisationen und Bernhard Weßels belegt in einer umfassenden empirischen Studie, eine »Tendenz weg von den traditionellen hin zu neueren Interessengruppen wie Bürgerinitiativen und alternativen politischen Gruppen« (Weßels 2001, 244; vgl. auch Merkel/Petring 2012, 107-113). Diese spiegelt sich im Zeitraum zwischen 1976 und 1998 in einer sinkenden Zahl von Gewerkschafts- (-3,6 Prozent in Westdeutschland) und Parteimitgliedern (-3,4 Prozent), sowie in einer etwas vermehrten Mitgliedschaft in Bürgerinitiativen (+0,3 Prozent) bzw. anderen politischen Vereinigungen (+1,6 Prozent) und einer deutlich gestiegenen Zahl der Mitglieder in Freizeitvereinen (+14,0 Prozent) wider (Weßels 2001, 228-229).

Auch glauben die Menschen laut Crouch zunehmend weniger daran, dass sie in der Politik überhaupt etwas bewegen könnten. Dies führe zu einer wachsenden »politischen Apathie« (Crouch 2008, 17) die mittlerweile so ausgeprägt sei, dass viele nicht einmal mehr zur Wahl gehen würden. Aus demokratietheoreti-

(18) Diese Analyse basiert auf drei Befragungen: im Jahr 1988, 1998 und 2008. Für die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger liegen noch keine Daten für das Jahr 1988 vor, weshalb im Haupttext (auch im Folgenden) nur auf die Westdeutschen Bezug genommen wird. 1998 und 2008 lagen die Werte der Ostdeutschen jedoch 4 Prozent bzw. 1,5 Prozent über jenen der Westdeutschen.

(19) Gleichzeitig stimmen aber nur 10,4 Prozent der Befragten der Aussage »Die meisten Leute wären durchaus fähig, in einer politischen Gruppe mitzuarbeiten« voll zu. Die Einschätzung der Kompetenz politischer Laien ist also nicht sehr hoch, sie scheint aber auch nicht zu sinken.

(20) Auch wenn dies die aus theoretischer Perspektive durchaus berechnete Frage aufwirft, weshalb der Neoliberalismus beim individuellen Selbstverständnis enden, sich aber in vollem Maße auf das gesellschaftliche Selbstverständnis erstrecken sollte. Mit dieser setzt sich Crouch weder in seinem Buch aus dem Jahr 2008 noch im Folgeband aus dem Jahr 2011 auseinander.

scher Perspektive bedenklich ist dabei weniger der von Crouch beschriebene generelle Rückgang der Nutzung konventioneller Partizipationsformen als die Tatsache, dass sich politische Apathie besonders bei bestimmten Bevölkerungsgruppen beobachten lässt (vgl. Schäfer 2010; Merkel/Petring 2012, 99-104). So zählen vor allem jene Bürgerinnen und Bürger, die einen geringen sozio-ökonomischen Status aufweisen, zur Gruppe der »Politikabstinenten«, obwohl doch gerade die Interessen dieser Gruppe im Prozess der Postdemokratisierung ohnehin von der Marginalisierung bedroht wird. Dieselben Bürgerinnen und Bürger, die auf den Gebrauch konventioneller Partizipationsformen verzichten, nutzen darüber hinaus in der Regel auch nur selten die neuen bzw. unkonventionellen Formen politischer Beteiligung (vgl. Dalton 2004), so dass auch hier ein massives soziales Ungleichgewicht entstanden ist. Diese »Aushöhlung« des politischen Gleichheitsprinzips »trifft dann gerade jene schwachen Schichten und Gruppen der Gesellschaft, die auf dem Markt nicht reüssieren und deshalb auf eine kompensierende Sozial- und Bildungspolitik besonders angewiesen sind. Es wäre aus Sicht der Parteien und Regierungen jedoch irrational, ein besonderes verteilungspolitisches Augenmerk auf genau jenen Teil des Elektorsats zu legen, der ohnehin nicht zu Wahl geht« (Merkel/Petring 2012, 104).

Gäbe es diese Verzerrung nicht, müsste die sinkende Wahlbeteiligung jedoch nicht per se als bedrohlich eingeschätzt werden. Schließlich lag die deutsche Wahlbeteiligung lange Zeit weit über den Durchschnittswerten im internationalen Vergleich und zudem geht diese Entwicklung, wie bereits oben beschrieben wurde, mit einem Aufschwung neuer Partizipationsformen einher, so dass man mit guten Argumenten auch einen demokratischen Wandel statt einer krisenhaften Veränderung vermuten kann. Pippa Norris (2002) spricht angesichts solcher Entwicklungen beispielsweise vom »democratic phoenix«: Demokratie müsse sich angesichts sich wandelnder Umwelten von Zeit zu Zeit neu erfinden, dies bedeute aber nicht, dass sie nicht in ebenso prächtiger Form „wiedergeboren“ werden könne.

Mit Blick auf das politische Interesse der Bürgerinnen und Bürger kann von »Apathie« außerdem nicht die Rede sein: Dieses ist in Deutschland im Zeitverlauf sogar leicht gestiegen: Während sich 1980 nach Angaben der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) nur 26 Prozent der Westdeutschen als sehr stark oder stark politisch interessiert bezeichneten, waren es im Jahr 1998 bereits 28,2 Prozent und im Jahr 2010 genau 31,8 Prozent.

Hinsichtlich der politischen Einstellungen und dem politischen Verhalten sind die Trends also nicht ganz so klar, wie es in den Arbeiten von Colin Crouch suggeriert wird, der fast ausschließlich Indizien für eine wachsende Distanz zwischen »dem Demos« und »der Politik« nennt und positive Entwicklungen politischen Engagements weitgehend unterschlägt. Und auch sonst ist es dem Postdemokratie-Diskurs bislang noch nicht hinreichend gelungen, Ordnung in das offensichtlich komplexe Muster der Entwicklungen politischer Einstellungen und Verhaltensweisen zu bringen und sie vor dem Hintergrund seiner grundle-

genden Thesen zu deuten und zu erklären. Es gilt in zukünftigen Konzeptionalisierungen der Postdemokratie und entsprechenden empirischen Forschungen deshalb noch genauer zu spezifizieren, welche Indizien für eine Hegemonie neoliberaler Denkweisen auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger nachzuweisen sind – und an welchen Stellen sich diese (noch) nicht durchsetzen konnten oder es, vielleicht in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, nicht mehr können.

Interessante Ansatzpunkte für solche Forschungen kann beispielsweise der Begriff des »kritischen Bürgers« liefern (Norris 1999; 2011; Geißel 2011), der als explizite Reaktion auf demokratiethoretische Krisendiagnosen formuliert wurde. Der Begriff des »critical citizens« beschreibt laut Norris (1999, 1) die in westlichen Demokratien wachsende Gruppe von Menschen, die sich demokratischen Werten eng verbunden fühlen, die aber unzufrieden sind mit den existierenden Strukturen demokratischer Regierung und die deshalb unter anderem mit Hilfe von Protesten Veränderungen einfordern. Sie erwiesen, trotz oder gerade aufgrund ihrer vehementen Kritik, der Demokratie einen wertvollen Dienst, da sie Reformen und Innovationen im politischen Prozess anstießen (vgl. auch Norris 2011, 236-240).

Auch Brigitte Geißel (2011) verwendet den Begriff, unterscheidet aber zwischen zwei Typen »kritischer Bürger«: Jene die kritikbereit, aber grundsätzlich zufrieden mit dem politischen System sind und jene, die kritikbereit und unzufrieden sind (ebd., 25-37). Gemäß der von ihr genutzten Daten aus den Jahren 2002/2003 zählten 27 Prozent der Befragten in Deutschland zu der ersten Gruppe und rund 30 Prozent zu der Gruppe der unzufriedenen Kritiker, 43 Prozent sind entweder »unkritisch« oder »undemokratisch« gesinnt. Auch Geißel kommt zu dem Schluss, dass die Kritikbereitschaft der Demokratie förderlich ist: Ein kritikbereiter Bürger postuliere politische Wachsamkeit als »integralen Bestand seines Staatsbürgerkonzeptes« (Geißel 2006, 4); Kritik solle deshalb zukünftig »als Bürgerpflicht« angesehen und auch in der wissenschaftlichen Literatur stärker als bislang wertgeschätzt werden (Geißel 2011, 159).

Vor dem Hintergrund des Postdemokratie-Diskurses erscheinen solche Ergebnisse zugleich ausgesprochen interessant und fraglich: So gilt es aus postdemokratischer Perspektive beispielsweise zu prüfen, welcher Teil der Bürgerinnen und Bürger Kritik an jenen Entwicklungen und Prozesscharakteristika übt, die auch von den postdemokratischen Theoretikern thematisiert werden – und welcher Teil der Kritik eher eine Nähe zu neoliberalen Reformprojekten aufweist, da er beispielsweise die mangelnde Effizienz parlamentarischer Arbeit anspricht. Beide Formen von Kritik wären im Sinne Geißels als demokratisch zu werten, auch wenn sie sich – und darauf machen unter anderem die Arbeiten von Colin Crouch aufmerksam – vor dem Hintergrund demokratischer bzw. demokratiethoretischer Normen durchaus in ihrem Wert unterscheiden. Der Postdemokratie-Diskurs kann also durchaus wichtige Impulse zu neuen Forschungen setzen, wenn er selbst bislang auch noch klare Lücken mit Blick auf die Erklärung des mangelnden Widerstands der Bürgerinnen und Bürger

gegen die Postdemokratisierungstendenzen aufweist. Hier erscheint eine theoretisch angeleitete Weiterentwicklung, die diverse und möglicherweise auch untereinander im Widerstreit stehende Effekte der Neoliberalisierung thematisiert und empirisch überprüft, dringend geboten.

⇒ 4. Fazit: Postdemokratie als gesellschaftstheoretischer Integrationsbegriff

Die Diagnose einer Krise der Demokratie ist ein wiederkehrendes Moment innerhalb der zumeist linken Politikwissenschaft und dies nicht erst seit den 1970er Jahren. Doch hat die liberal-repräsentative Demokratie alle bisherigen Nachrufe nicht nur überlebt, vielmehr ist sie aufgrund ihrer Flexibilität sogar gestärkt aus vergangenen Krisen hervor gegangen. Das Leitmotiv der Krise, das ein fester Bestandteil einer sich selbst als kritisch verstehenden Politikwissenschaft ist, wirft damit zunächst einen Schatten des Zweifels auf die Diagnose einer postdemokratischen Konstellation. Und auch die ambivalente Rezeption des Konzepts der Postdemokratie in der Literatur gemahnt zur Vorsicht. Zweifellos liegen bislang noch keine wirklich systematischen Studien vor und auch der Gebrauch des Konzepts der Postdemokratie hat etwas Schillerndes. Und doch zeigt eine Bestandsaufnahme der einschlägigen Literatur auf beunruhigende Art und Weise, dass postdemokratische Prozesse nicht der alarmistischen Phantasie linker Politikwissenschaftler entstammen, sondern dass sie real sind, wobei die zunehmende Enthaltung bestimmter Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern sowie die wachsende Exekutivlastigkeit politischer Entscheidungsprozesse besonders bedenklich erscheinen.

Die Phänomene, die als postdemokratische Krisendiagnosen gewertet werden, sind nicht alle neu, einige sind vielmehr schon länger und einschlägig bekannt. Doch ist dies kein Manko des Konzepts, es verdoppelt auch nicht identische Krisendiagnosen unter einem neuen Label. Vielmehr hilft das Konzept, eine Perspektive einzunehmen, die in der Politischen Theorie und der Politikwissenschaft generell in den letzten Jahren verloren ging. Viele linke Krisendiagnosen der 1970er Jahre zeichneten sich – ungeachtet ihres empirischen Wahrheitsgehalts – durch eine gesamtgesellschaftliche Perspektive aus. In dieser Perspektive, die theoretisch modelliert, was empirisch nicht immer messbar ist, liegt die Hoffnung begründet, die Einheit der Gesellschaft in ihrer Pluralität kritisch zu analysieren. Seitdem hat sich die Politikwissenschaft aber nachhaltig verändert. Heute dominieren Bereichstheorien oder Theorien kurzer und mittlerer Reichweite als Analysetools; Makrotheorien oder gesellschaftstheoretische Ansätze haben im Vergleich dazu an Relevanz deutlich verloren (vgl. Dryzek/Honig/Philips 2008). Diese Entwicklung speist sich aus unterschiedlichen Quellen, von denen zumindest zwei genannten werden sollen: Einerseits ist es die zunehmende Professionalisierung der Politikwissenschaft, die zu einer höheren Parzellierung der Forschungsinteressen und -ansätze führt. Andererseits sind es Verschiebungen in den epistemischen Grundlagen der

Politikwissenschaft, die ein kritisches Fragezeichen hinter die Möglichkeit einer kritischen Gesellschaftstheorie setzen.

Das Konzept der Postdemokratie füllt – gewissermaßen mit epistemischen Wagemut und einem Hauch kritischer Nostalgie – die beklagenswerte Vakanz eines Ansatzes, die dringend durch eine kritische gesellschaftstheoretische Perspektive ausgefüllt werden muss. Indem er dies tut, rekurriert der Postdemokratie-Diskurs auf mehr oder weniger bekannte Diagnosen, kann sie jedoch in ihrer komplexen Bedingtheit modellieren und so die immanente Kurzsichtigkeit von Ansätzen mittlerer Reichweite überwinden. Dieses Potential blitzt selbst dort auf, wo sich Autoren gegen die dominante, an Crouch orientierte Modellierung von Postdemokratie aussprechen: So zeigt der Ansatz von Blühdorn, dass zum Verständnis der »postdemokratischen Konstellation« (Blühdorn 2012) modernisierungstheoretische, netzwerktheoretische, institutionentheoretische und akteurstheoretische Ansätze herangezogen werden müssen.

Die Potentialität einer vernetzten und komplexen Analyse demokratischer Krisendiagnosen bedarf jedoch einer korrespondierenden theoretischen Modellierung, denn eine additive Zusammenstellung heterogener Phänomene kann weder das Versprechen einer kritischen Gesellschaftstheorie einlösen, noch die komplexen Interaktionen und Interdependenzen dieser Phänomene verstehend in den Blick nehmen. Ein erster Ansatz einer Modellierung, die hinreichend komplex ist, wurde in diesem Aufsatz präsentiert. Ausgangspunkt war die Überlegung, dass der Neoliberalismus den ideativen Kern der Prozesse der Postdemokratisierung darstellt. Darauf aufbauend wurde argumentiert, dass es die Leitideen des Neoliberalismus sind, die zu Prozessen des postdemokratischen Wandels führen. Die Analyse des Kampfes um Deutungsmacht zwischen konkurrierenden Leitideen, die Analyse des neoliberalen Sprachgebrauches und die Analyse der Veränderung der Konzepte der liberal-repräsentativen Demokratie bilden den methodischen Kern der Analyse postdemokratischer Prozesse. Der Neoliberalismus ist ein operatives Paradigma, d.h. er ist handlungsanleitend. Daraus folgt, dass z.B. die Untersuchung der politischen Beteiligung und der Motive der Beteiligung Teil einer Analyse der postdemokratischen Konstellation sind, theoretisch aber rückgebunden werden müssen an den konzeptionellen Rahmen der Analyse von Leitideen und Deutungsmacht. Erst unter dieser Prämisse ergibt sich eine kritische gesellschaftstheoretische Perspektive.

Es zeigen sich jedoch auch Defizite, insbesondere bei der Erklärung politischer Partizipationsmuster und politischer Einstellungen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Erstens ist deren Rolle im Kontext der Postdemokratisierung theoretisch wie empirisch noch nicht hinreichend untersucht worden. So gelingt es bislang weder, den diagnostizierten Erfolg des neoliberalen Denkens ab den späten 1970er Jahren, noch sein »befremdliches Überleben« (Crouch 2011) im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Jahr 2008 zufriedenstellend zu erklären. Dieses Defizit sollten die postdemokratischen Autoren so bald als möglich lindern, wollen sie den Wert der von ihnen formulierten Krisendiagnose

nicht durch mangelnde Präzision ihrer Diagnosen mit Blick auf »den Demos« mindern. Zweitens zeigt sich anhand der hier vorgelegten knappen Diskussion der Arbeiten zu »kritischen Bürgern« aber auch, dass der Postdemokratie-Diskurs durchaus wertvolle Impulse für zukünftige Forschungen zu Partizipation und Politischer Kultur liefern kann. Auch mit Blick auf die Rolle der Bürgerinnen und Bürger lenkt er den Blick auf Transformationsprozesse, die losgelöst von institutionellen Reformen zu grundlegenden Veränderungen der demokratischen Qualität und Leistungsfähigkeit beitragen können, sei es zugunsten der Demokratie oder der Postdemokratie.

Das Konzept der Postdemokratie erweist sich – in entsprechender theoretischer Modellierung – als ein potenziell machtvolleres Analysewerkzeug, um eine gesellschaftstheoretische Perspektive in kritischer Absicht einzunehmen. Das Konzept gemahnt uns zudem daran, dass sich nicht nur institutionelle Praktiken ändern, sondern – vermittelt über die neoliberalen Leitideen – auch die Praxen der Subjektivierungen der Bürger, mithin also unserer Selbstdeutungen und dies nicht nur im Bereich des Politischen, sondern in allen Bereichen des Sozialen. Zugleich ist das Konzept der Postdemokratie nicht unrealistisch normativ imprägniert, da der Referenzpunkt im Kampf um Deutungsmacht die vorgängigen, operativen Leitideen einer demokratischen Gemeinschaft sind. Dies alles verdeutlicht überzeugend, wie erkenntnisbringend und wertvoll das Konzept der Postdemokratie ist, wenn die aufgezeigten konzeptionellen und empirischen Herausforderungen gelöst werden.

⇒ Literatur

Albæk, Erik; Christiansen, Peter Munk; Togeby, Lise (2003): Experts in the Mass Media: Researchers as Sources in Danish Daily Newspapers, 1961-2001, in: J&MC Quarterly 80 (4), 937-948.

Ball, Terence (1988): Transforming Political Discourse, Oxford: Blackwell.

Ball, Terence (1995): Reappraising Political Theory: revisionist studies in the history of political thought, Oxford: Clarendon Press.

Bieling, Hans-Jürgen (2008): (Ent-) Demokratisierungsprozesse im europäischen Mehrebenensystem. In: Brodocz, André; Llanque, Marcus; Schaal, Gary S. (Hg.): Bedrohungen der Demokratie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 119-135.

Blühdorn, Ingolfur (2006): Billig will ich: Post-demokratische Wende und Simulative Demokratie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (4), 72-83.

Blühdorn, Ingolfur (2012): Die postdemokratische Konstellation. Was meint ein soziologisch starker Begriff der Postdemokratie? In: Ötsch, Walter (Hg.): Demokratie! Welche Demokratie? Postdemokratie kritisch hinterfragt, Marburg: Metropolis Verlag, i.E.

Bridges, William (1996): Ich und Co. Wie man sich auf dem Arbeitsmarkt behauptet, Hamburg: Hoffmann und Campe.

Bröckling, Ulrich; Lemke, Thomas; Krasmann, Susanne (Hg.) (2000): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Brodocz, André (2003): Die symbolische Dimension der Verfassung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Brosius, Hans-Bernd; Koschel, Friederike (2007): Wirtschaftsberichterstattung: Inhalte, Rezeption und Wirkung, in: Rosenstiel, Lutz von; Frey, Dieter (Hg.): Enzyklopädie der Psychologie. Band 5: Marktpsychologie, Göttingen: Hogrefe, 533-557.

Brown, Wendy (2005): Neoliberalism and the End of Liberal Democracy, in: Brown, Wendy: Edgework. Critical Essays on Knowledge and Politics, Princeton: Princeton University Press, 37-59.

Brown, Wendy (2006): American Nightmare: Neoliberalism, Neoconservatism, and De-Democratization, in: Political Theory 34 (6), 690-714.

Brown, Wendy (2011): We Are All Democrats Now, in: Agamben, Giorgio et al.: Democracy in what state, Columbia: Columbia University Press, 44-57.

Brunkhorst, Hauke (2007): Unbezähmbare Öffentlichkeit – Europa zwischen transnationaler Klassenherrschaft und egalitärer Konstitutionalisierung, in: Leviathan 35 (3), S. 401-412.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neo-Liberalismus, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dalton, Russel J. (2004): Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies, Oxford: Oxford University Press.

Demirovic, Alex (2008): Neoliberalismus und Hegemonie, in: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hg.) (2008): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, 17-33.

Dryzek, John S.; Honig, Bonnie; Philips, Anne (Hg.) (2008): The Oxford Handbook of Political Theory, Oxford: Oxford University Press.

Fach, Wolfgang (2008): Das Verschwinden der Politik, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Fischer, Karsten (2006): Die jüngste Versuchung der Demokratie »Postdemokratie« und Politik-Netzwerke, in: Forschungsjournal NSB, 4/2006; 47-57.

Foucault, Michel (1978): Governmentality, Lecture at the Collège de France, in: Burchell, Graham; Gordon, Colin; Miller, Peter (Hg.): The Foucault Effect: Studies in Governmentality, Hemel Hempstead: Harvester Wheatsheaf, 87-104.

Geißel, Brigitte (2006): Kritische Bürgerinnen und Bürger – eine Gefahr für Demokratien? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2006; 3-9.

Geißel, Brigitte (2011): Kritische Bürger. Gefahr oder Ressource für die Demokratie? Frankfurt am Main: Campus.

Harvey, David (2005): A Brief History of Neoliberalism, Oxford: Oxford University Press.

Heinrich, Jürgen; Moss, Christoph (2006): Wirtschaftsjournalistik. Grundlagen und Praxis, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Henning, Eike (2010): Totgesagte leben lange. Zum Aussagewert postdemokratischer Theorie, in: Vorgänge 49 (2), 26-34.

Hirschman, Albert O. (1995): Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion, Frankfurt am Main: Fischer.

Imhof, Kurt; Kamber, Esther (2001): Politik und Gesellschaft im Strukturwandel der Öffentlichkeit. Zur Veränderung der Konstitutionslogiken der öffentlichen Kommunikation, in: Allmendinger, Jutta (Hg.): Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000, Opladen: Leske + Budrich, 425-453.

Jörke, Dirk (2005): Auf dem Weg zur Postdemokratie, in: Leviathan 33 (4), 482-491.

Jörke, Dirk (2006): Warum Postdemokratie? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (4), 38–46.

Jörke, Dirk (2010): Was kommt nach der Postdemokratie? In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 190, 17-25.

Korte, Karl-Rudolf (2012): Beschleunigte Demokratie: Entscheidungsstress als Regelfall, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 7/2012, 21-26.

Lemke, Thomas (2001): The Birth of Bio-Politics – Michel Foucault's Lecture at the Collège de France on Neo-Liberal Governmentality, in: Economy & Society 30 (2), 190-207.

Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft, Hamburg/Berlin: Argument Verlag.

Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel (2003): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie, Opladen: Leske + Budrich.

Merkel, Wolfgang; Petring, Alexander (2012): Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In: Mörschel, Tobias; Krell, Christian (Hg.): Demokratie in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS, 93-119.

Mouffe, Chantal (2005): On the Political, Oxford: Oxford University Press.

Mulsow, Martin; Mahler, Andreas 2010: Die Cambridge School der politischen Ideengeschichte, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Negrine, Ralph (1998): Parliament and the media. A study of Britain, Germany and France, London: Pinter.

Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie, transcript: Bielefeld.

Norris, Pippa (2002): Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism, Cambridge: Cambridge University Press.

Norris, Pippa (2009): Introduction: The Growth of Critical Citizens? In: dies. (Hg.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance, Oxford: Oxford University Press, 1-30.

Norris, Pippa (2011): Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited, Cambridge: Cambridge University Press.

Offe, Claus (2008): Wie der Markt die Politik vergiftet. Die Finanzkrise als Demokratieverlust: Colin Crouchs Lagebericht, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.09.2008, Nr. 222, 37.

Partmann, Michael (i.E.): Outsourcing von Gesetzgebungsverfahren – ein bedenkliches Phänomen, in: Sammelband zum Förder-Kongress der Hanns Martin Schleyer-Stiftung in Leipzig, Juni 2012.

Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rancière, Jaques (2007): Hatred of Democracy, London: Verso.

Richter, Emanuel (2006): Das Analysemuster der Postdemokratie. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (4), 23-37.

Ritzi, Claudia; Kaufmann, Vanessa (i.E.): Die Ökonomisierung des familienpolitischen Leitbildes der deutschen Bundesregierungen, in: Schaal, Gary S.; Lemke, Matthias; Ritzi, Claudia (Hg.): Die Ökonomisierung der Politik in Deutschland – eine vergleichende Politikfeldanalyse, Wiesbaden: Springer VS.

Ritzi, Claudia; Schaal, Gary S. (2010a): Politische Führung in der Postdemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 60 (2-3), 9-15.

Ritzi, Claudia; Schaal, Gary S. (2010b): Responsivität und Pluralismus: Das Dilemma liberaler Demokratien, in: Vorgänge 49 (1), 13–27.

Ritzi, Claudia (2011): Demokratie und Öffentlichkeit unter den Bedingungen neoliberaler Hegemonie, in: Zeitschrift für Politische Theorie 2 (1), 81-84.

Rosa, Hartmut (1994): Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie, in: Politische Vierteljahresschrift 35 (2), 197-223.

Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen der Moderne, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rosa, Hartmut (2006): Wettbewerb als Interaktionsmodus. Kulturelle und sozialstrukturelle Konsequenzen der Konkurrenzgesellschaft, in: Leviathan 34 (1), 82-104.

Rosa, Hartmut; Laux, Henning (2009): Die beschleunigte Demokratie - Überlegungen zur Weltwirtschaftskrise, in: WSI-Mitteilungen 62, 547-553.

Sartori, Giovanni. (1970): Concept Misinformation in Comparative Politics, in: American Political Science Review 14 (4), 1033-1053.

Sassen, Saskia (1996): Losing Control? Sovereignty in the Age of Globalization, New York: Columbia University Press.

Sassen, Saskia (2009): The new executive politics: a democratic challenge. Download unter www.opendemocracy.net/article/the-new-executive-politics-a-democratic-challenge (Zugriff am 23. 10. 2012).

Sauer, Birgit (2011): Feministische Anmerkung zur »Postdemokratie«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 61 (1-2), 32-36.

Schaal, Gary S. (2007): Neoliberalismus, Responsivität und das Ende des Politischen. Zur zeitgenössischen Transformation liberaler Demokratien, in: *Vorgänge* 46 (4), 102-111.

Schaal, Gary S. (2008): Responsivität – Selbstzerstörerisches Ideal liberaler Demokratie? In: Brodocz, André; Llanque, Marcus; Schaal, Gary S. (Hg.): *Bedrohungen der Demokratie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 353-369.

Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 4 (1), 131-156.

Schulz, Daniel (2006): Theorien der Deutungsmacht. Ein Konzeptualisierungsversuch im Kontext des Rechts, in: Vorländer, Hans (Hg.): *Die Deutungsmacht der Verfassungsgerichtsbarkeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 67-93.

Skinner, Quentin (1988): A reply to my critics, in: Tully, James (Hg.): *Meaning and Context. Quentin Skinner and his Critics*, Cambridge: Polity, 231-288.

Streeck, Wolfgang (1987): Vielfalt oder Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 39, 471-495.

Streeck, Wolfgang (2011): The Crises of Democratic Capitalism, in: *New Left Review* 71 (Sept/Oct 2011), 5-29.

van Deth, Jan (2009): Politische Partizipation, in: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 141-161.

Vorländer, Hans (2006) (Hg.) *Die Deutungsmacht der Verfassungsgerichtsbarkeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Weßels, Bernhard (2001): Vermittlungsinstitutionen und Interessenvertretung: Zur Performanz von Mitgliederorganisationen in Deutschland, in: Koch, Achim; Wasmer, Martina; Schmidt, Peter (Hg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 221-246.

Wimmer, Norbert (2011): »Gesetzgebungsoutsourcing« – einige Gedanken (nicht nur) zur Abordnung von Rechtsanwälten zu gesetzesvorbereitenden Stellen, in: Kloepfer, Michael (Hg.): *Gesetzgebungsoutsourcing. Gesetzgebung durch Rechtsanwälte?* Baden-Baden: Nomos, 131-142.

Wissenschaftliche Dienste des Bundestages (2009): Entwicklung der Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mitteilung Nr. 80/09. Download unter: www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/entwicklung_wahlbeteiligung.pdf (Zugriff am 26. Oktober 2012).

Wolin, Sheldon S. (2008): Democracy incorporated. Managed democracy and the specter of inverted totalitarianism, Princeton: Princeton University Press.

Wolin, Sheldon S. (1996): Fugitive Democracy, in: Benhabib, Seyla (Hg.): Democracy and Difference, Princeton: Princeton University Press, 31-45.

Zürn, Michael (1998): Regieren jenseits des Nationalstaates, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Zürn, Michael (2011): Law and Governance in Postnational Europe. Compliance Beyond the Nation State, Cambridge: Cambridge University Press.

Zitationsvorschlag:

Schaal, Gary S./ Ritz, Claudia (2012): Neoliberalismus und Postdemokratie: Bausteine einer kritischen Gesellschaftstheorie Claudia (Ethik und Gesellschaft 2/2012: Demokratie und Sozialethik). Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2012_Schaal-Ritzi.pdf (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft

ökumenische zeitschrift für sozialethik

2/2012: Demokratie und Sozialethik

Gary S. Schaal, Claudia Ritz
Neoliberalismus und Postdemokratie: Bausteine einer kritischen Gesellschaftstheorie

Christian Polke
Demokratie im Umbruch? Bemerkungen aus protestantischer Sicht

Daniel Bogner
Das Politische neu denken. Braucht die christliche Sozialethik eine Theorie radikaler Demokratie?

Johanna Klatt
Die Macht der Zivilgesellschaft und ihre ungleiche Verteilung

Andreas Lob-Hüdepohl
Überflüssige Interessen? Politische Partizipation Benachteiligter als normativer Lackmestest für eine republikanisch verfasste Demokratie

Bernhard Bleyer, Bernhard Laux
Anwälte der Öffentlichkeit. Über Zivilgesellschaft, Befähigungsarbeit und den Auftrag der Kirchen

Jeannette Behringer
Bürgerschaftliches Engagement in der »Postdemokratie«. Bedingungen für ein demokratisches Potenzial

Christian Spieß
Katholische Kirche und Menschenrechtsethos. Von der Ablehnung zur Anerkennung der Religionsfreiheit

Anne Brüninghaus/Günter Feuerstein
Bioethik im Wunderland der Fiktion. Über die Rolle eines antizipierenden Diskurses am Beispiel des Psycho- und Neuroenhancement